

9

84

Union in Deutschland

Bonn, den 15. März 1984

Antrag des Bundesvorstandes der CDU

vom 12. März 1984

zum 32. Bundesparteitag

vom 9. bis 11. Mai 1984

Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation

Stuttgarter Leitsätze für die 80er Jahre

Stuttgarter Leitsätze

I. Präambel

II. Analyse des Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft

- Gesellschaftlicher und technischer Wandel
- Veränderung der internationalen Wettbewerbsbedingungen

III. Perspektiven und Ziele

- Den Strukturwandel annehmen und gestalten
- Technischer Wandel und gesellschaftlicher Fortschritt
- Neues Verständnis von Arbeit und Wachstum
- Europäische und weltwirtschaftliche Verantwortung

IV. Politische Folgerungen

- Verbesserte Rahmenbedingungen für die Wirtschaft
- Verbesserte Rahmenbedingungen für Forschung und moderne Technik
- Neugestaltung von Arbeitsmarkt und Arbeitszeit
- Reform des Familienlastenausgleichs
- Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen
- Umweltschutz in der Sozialen Marktwirtschaft
- Internationale Verantwortung

V. Die Herausforderungen der Zukunft bestehen

Seite

3

4

4

5

5

6

7

8

9

9

10

11

12

14

14

14

15

16

I. Präambel

1. Grundlage der „Stuttgarter Leitsätze“ ist das Grundsatzprogramm der CDU. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit fordern eine Ordnung der Wirtschaft, in der sich die Menschen frei und sozial entfalten können. Der Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft erfüllt diese Forderung. Die Soziale Marktwirtschaft ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm für alle, weil es Leistung mit sozialer Gerechtigkeit, Wettbewerb mit Solidarität und Eigenverantwortung mit sozialer Sicherheit in Einklang bringt. Die Soziale Marktwirtschaft hat ihr geistiges Fundament in der zum Menschenbild des Christen gehörenden Idee der verantworteten Freiheit.

Die CDU, die große Volkspartei der Bundesrepublik Deutschland, hat die Soziale Marktwirtschaft politisch durchgesetzt. Dies war die Voraussetzung für den erfolgreichen wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands. Sie hat uns einen hohen Lebensstandard und soziale Sicherheit gebracht, die soziale Partnerschaft gefördert und den Menschen Selbstbestimmung und eigenverantwortliches Handeln ermöglicht. Die Soziale Marktwirtschaft verbindet die Vorteile einer freien Marktordnung mit der Verpflichtung zur sozialen Gerechtigkeit.

Neue wirtschaftliche und soziale Bedingungen stellen neue Anforderungen an die Anpassungs- und Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft. Diese Anforderungen begegnen uns im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Wandel sowie in der Veränderung der internationalen Wettbewerbsbedingungen.

Auch in einer Zeit neuer Herausforderungen, vor denen die Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren steht, müssen persönliche Freiheit, Gleichheit der Chancen, Eigentum, Wohlstand, Arbeit und sozialer Fortschritt für alle gesichert werden. Um diese Ziele zu erreichen, müssen in Zukunft vor allem die grundlegenden ordnungspolitischen Elemente der Sozialen Marktwirtschaft wieder stärker zur Geltung kommen. Dazu gehören:

- Wettbewerb und persönliches, sozialverpflichtetes Eigentum;
- dezentrale Steuerung durch Märkte und Tarifautonomie;
- Machtkontrolle durch Gewaltenteilung und staatliche Aufsicht;
- Freiheit der Verbraucher, der Unternehmen und des Berufes;
- Selbständigkeit und Risikobereitschaft;
- Teilhabe des einzelnen am wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt.

Die Soziale Marktwirtschaft hat den Freiheitsspielraum des einzelnen erweitert. Sie hat daher auch Erwartungen ausgelöst, die über den materiellen Wohlstand hinausgehen. Die Menschen beurteilen wirtschaftlichen Fortschritt auch danach, ob er Raum läßt für das Empfinden, gebraucht zu werden und eine sinnerfüllte Aufgabe zu haben, ob er mit menschenwürdigen Arbeitsplätzen und der Anerkennung persönlicher Leistung und Verantwortung verbunden ist.

Die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der CDU will die Bereitschaft zu Leistung und Risiko fördern und eine eigenverantwortliche Lebensgestaltung nach dem Prinzip der Subsidiarität ermöglichen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der der einzelne Zuwendung, Vertrauen und Geborgenheit erfährt — eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

II. Analyse des Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft

Gesellschaftlicher und technischer Wandel

2. Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland haben sich in den vergangenen Jahrzehnten tiefgreifend verändert. Der Lebensstandard der Bürger hat sich gegenüber den 50er Jahren entscheidend verbessert. Das Ausbildungsniveau der Bevölkerung ist hoch entwickelt. Wohlstand ist für viele eine Selbstverständlichkeit geworden. Gleichzeitig ändern immer mehr Menschen ihre Bedürfnisse und Werthaltungen. Schutz der Umwelt, größere Beteiligungschancen an Entscheidungsprozessen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und erweiterte Gestaltungsspielräume im Arbeitsleben erhalten ein neues Gewicht. Die Möglichkeiten zur sozialen und kulturellen Betätigung sowie zur individuellen Weiterbildung haben sich erweitert.

Während die Produktion selbst immer mehr von Maschinen übernommen wird, steigt die Nachfrage nach Arbeitskräften für Dienst- und Serviceleistungen. Das Ergebnis dieses Wandels der Arbeitsformen ist nicht nur eine Erweiterung des Dienstleistungsbereichs; auch innerhalb des Produktionsbereichs nimmt der Anteil solcher Arbeiten zu, die den Charakter von Dienstleistungen haben. Neue Arbeitsplätze werden vor allem im Dienstleistungssektor entstehen. Die Zahl der dort Beschäftigten wird zunehmen. Im Produktionssektor wird die Zahl der Beschäftigten eher zurückgehen. Sein Beitrag zum Bruttosozialprodukt wird jedoch dank der technischen Entwicklung zunehmen und daher auch künftig seine herausragende wirtschaftliche Bedeutung behalten.

3. Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich auf dem Weg in eine informationsorientierte Gesellschaft, in der kreative Kenntnisse und Fertigkeiten eine größere Bedeutung erhalten. Die neuen Technologien sind daher nicht nur Ursache des Wandels der Beschäftigungsformen, sondern zugleich Anstoß für neue und zusätzliche Dienstleistungen in den Bereichen Information und Beratung, Bildung und Kultur, Freizeit und Sozialarbeit. Zugleich werden zusätzliche Arbeitsplätze im Natur- und Umweltschutz geschaffen. Ausmaß und Schnelligkeit dieser Veränderungen hängen allerdings auch davon ab, ob diese Dienst- und Serviceleistungen zu marktgerechten Preisen angeboten werden.

4. Zu den Faktoren des gesellschaftlichen Wandels gehört auch der Wandel der Bevölkerungsstruktur; insbesondere der Altersaufbau wird sich entscheidend verändern. Dies hat für die Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik in den 80er Jahren ganz andere Konsequenzen als in den 90er Jahren. Während in den 80er Jahren geburtenstarke Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängen, werden hingegen in den 90er Jahren geburtenstetschwache Jahrgänge weniger Arbeit nachfragen. Der Anteil der arbeitenden Bevölkerung wird abnehmen, während der Anteil der Rentner stark zunehmen wird. Diese Veränderung der demographischen Rahmenbedingungen betrifft alle gesetzlichen Alterssicherungssysteme gleichermaßen. Deshalb darf bei den notwendigen Anpassungen keine Gruppe der Gesellschaft ausgenommen werden.

5. In der Bundesrepublik Deutschland werden nach wie vor erstklassige technische Produkte hergestellt. Ebenso hat die deutsche Wirtschaft international eine führende Stellung im Angebot von kompletten Produktionsanlagen und damit verbundenen Serviceleistungen. Diese Bereiche werden auch künftig von großer wirtschaftlicher Bedeutung

sein. Bei der Entwicklung und Anwendung von wichtigen Schlüsseltechniken wie z. B. Mikroelektronik und Biotechnik besteht demgegenüber ein Nachholbedarf. Die Zahl der deutschen Patente stagniert. Zur Rohstoff- und Energieabhängigkeit darf nicht auch noch eine Technologieabhängigkeit in wichtigen Industriebereichen hinzukommen.

6. Als Folge sozialdemokratischer Politik in den 70er Jahren ist der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt zu stark gewachsen, haben sich die Staatsausgaben und die Staatsverschuldung in unvertretbarer Weise erhöht, haben Bürokratisierung und staatliche Reglementierung zugenommen. Die teilweise Lähmung der privaten Initiative in Staat und Gesellschaft, die Behinderung des wirtschaftlichen Strukturwandels, der Rückgang der Investitionen waren die Folgen, die die Arbeitslosigkeit mitverursacht haben.

Diese verhängnisvolle Entwicklung hat die Bundesregierung unter Führung der Union beendet. Die CDU wird den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wieder Geltung verschaffen. Dadurch werden private Initiative, Kreativität und Leistungsbereitschaft der Bürger gestärkt und wird solidarisches Handeln ermöglicht.

Veränderung der internationalen Wettbewerbsbedingungen

7. In keinem anderen großen Industrieland hängen so viele Arbeitsplätze von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft ab wie in der Bundesrepublik Deutschland. Bei uns ist es jeder dritte Arbeitsplatz, in Japan nur jeder fünfte und in den USA weniger als jeder zehnte. Als exportorientiertes Industrieland hat die Bundesrepublik Deutschland nur dann eine Chance, den bestehenden Wohlstand zu erhalten und die Lebensverhältnisse zu verbessern, wenn sie auch in Zukunft Spitzenprodukte herstellt.

8. Unser wirtschaftlicher Wohlstand hängt in der Zukunft auch davon ab, ob sich die Länder in der Dritten Welt wirtschaftlich zu leistungsfähigen und kaufkräftigen Partnern entwickeln. Deshalb ist es unser Interesse, daß die Entwicklungsländer ihre Produktionskraft innerhalb einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaft entfalten. In manchen Entwicklungsländern werden heute schon Produkte billiger hergestellt, mit denen deutsche Firmen bisher führend auf dem Welt- und Binnenmarkt vertreten waren. Die CDU begrüßt diese Fortentwicklung der internationalen Arbeitsteilung, weil sie dazu beiträgt, daß sich die Länder der Dritten Welt zu leistungsfähigen Handelspartnern entwickeln können. Aufgabe unserer eigenen hochtechnisierten Industrielandschaft ist es daher, sich diesen veränderten Wettbewerbsverhältnissen rechtzeitig anzupassen. Die Stärkung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist eine wichtige Voraussetzung, um den Ländern der Dritten Welt weiter helfen zu können.

III. Perspektiven und Ziele

9. Die mittel- und langfristig angelegte Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der CDU orientiert sich an folgenden Zielen:

- Der nötige Freiraum, in dem sich Selbstbestimmung, Leistung und Kreativität verwirklichen können, muß für den einzelnen und für gesellschaftliche Gruppen gesichert und vergrößert werden.
- Technischer Fortschritt und Wirtschaftswachstum müssen mit dem Ziel der Erhaltung unserer natürlichen Umwelt in Einklang gebracht werden.
- Der notwendige Strukturwandel unserer Wirtschaft muß durch eine Steigerung ihrer

Flexibilität und Dynamik und durch ihre erhöhte Bereitschaft zur Einführung neuer Produkte und Verfahren sowie neuer Formen der Organisation des Arbeitsmarktes angenommen und bewältigt werden.

Nur mit einer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die sich an diesen Zielen orientiert und für verlässliche und dauerhafte wirtschaftliche Rahmenbedingungen sorgt, können wir die Arbeitslosigkeit überwinden, als führendes Industrieland langfristig bestehen und die soziale Zukunft unseres Landes sichern.

Leistung und Wettbewerb bestimmen die Wirtschaftspolitik der CDU in den 80er Jahren. Der Erhalt unserer Umwelt, der sparsame Umgang mit knapper werdenden Rohstoffen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze gelingen am besten durch Wettbewerb, weil er neue und zukunftsfruchtige Lösungen am ehesten gewährleistet. Grundsätzlich gibt es keine Wirtschaftsordnung, die Fehlentwicklungen völlig ausschließt. Allerdings ist die Soziale Marktwirtschaft das ordnungspolitische Konzept, das durch seine dezentralen Steuerungsmechanismen und das Leistungs- und Urteilsvermögen freier verantwortlicher Bürger Fehlentwicklungen am ehesten vermeidet und am schnellsten korrigiert.

10. Die junge Generation braucht eine überzeugende Zukunftsperspektive. Bei jungen Menschen sind die negativen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit besonders schwerwiegend. Es bedarf daher einer außergewöhnlichen Anstrengung aller, um die Jugendarbeitslosigkeit in den 80er Jahren schrittweise abzubauen. Die CDU hat dazu im Februar 1984 ein eigenes Programm mit konkreten Vorschlägen vorgelegt. Jugendarbeitslosigkeit ist ein besonders ernstzunehmendes Teilproblem der allgemeinen Arbeitslosigkeit, die nur abgebaut werden kann, wenn wir die modernen Technologien annehmen, unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken, die Eigenkapitalbasis unserer Unternehmen verbessern und vor allem die Fähigkeit unserer Wirtschaft erhöhen, auf wechselnde wirtschaftliche Daten schnell und flexibel zu reagieren. Wir müssen aber auch alle anderen vernünftigen Möglichkeiten nutzen, um Nachfrage und Angebot von Arbeitsplätzen wieder in Einklang zu bringen. Die flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit und die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen können dazu wesentlich beitragen.

11. Wir werden die Herausforderungen der 80er Jahre nur bestehen, wenn der soziale Konsens in der Bundesrepublik Deutschland erhalten bleibt. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist dieser Konsens besonders wichtig. Wir verstehen Mitbestimmung als Ausdruck partnerschaftlicher Mitverantwortung. Die Tarifparteien, Gewerkschaften und Arbeitgeber, sind aufgefordert, sich ihrer Verantwortung gegenüber den Interessen aller Bürger bewußt zu sein. Dies gilt auch und gerade für die gemeinsame Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels.

Den Strukturwandel annehmen und gestalten

12. Weder eine naive Fortschrittsgläubigkeit noch die radikale Ablehnung des technischen Wandels bringen uns weiter. Nicht alles, was technisch möglich und ökonomisch vorteilhaft ist, ist unter humanen Gesichtspunkten wünschenswert. Der Mensch muß Herr der Technik bleiben. Wir müssen die Risiken beachten und berücksichtigen, statt sie zu dramatisieren. Die Gefahren der Zukunft liegen nicht im technischen Fortschritt selbst, sondern im Unvermögen, den technischen Fortschritt als Chance für den Menschen zu nutzen und seine Folgen politisch zu gestalten. Hierin liegt die entscheidende Herausforderung, der wir uns in der Bundesrepublik Deutschland stellen müssen. Die CDU tritt für ein nüchternes und vorurteilsfreies Verhältnis zur Technik ein, damit die

Chancen erkannt und genutzt werden, die der technische Fortschritt zur Lösung ökonomischer und sozialer Probleme bietet. Indem der technische Fortschritt im Arbeitsleben und in der Freizeit ein höheres Maß an Vielfalt und individueller Selbstbestimmung ermöglicht, trägt er zum gesellschaftlichen Fortschritt bei. Des weiteren ermöglichen neue Technologien die Dezentralisierung von Produktion und Dienstleistungen, was strukturschwachen Regionen, insbesondere im ländlichen Raum und der mittelständischen Wirtschaft zugute kommt. Die Entwicklung und Nutzung international konkurrenzfähiger Technologien ermöglicht wirtschaftliches Wachstum, schafft neue, zukunftssichere und gleichzeitig humane Arbeitsplätze, sichert das soziale Netz und ermöglicht den sparsamen Umgang mit knappen Ressourcen und die Reduzierung von Umweltbelastungen.

13. Es gibt keine Alternative zum technischen Fortschritt. Wer ihn verhindert, gefährdet auf Dauer Wohlstand und Arbeitsplätze. Die Chancen der deutschen Industrie liegen insbesondere darin, die in aller Welt vorhandenen Erkenntnisse auf zukunftsweisenden Gebieten aufzunehmen und in Verfahren und Produkte umzusetzen. Die beschäftigungswirksamen Effekte technologischer Neuerungen müssen auch dadurch genutzt werden, indem die deutsche Wirtschaft selbst als Anbieter dieser neuen Techniken auftritt.

Die Förderung überholter Wirtschaftsstrukturen durch Subventionen kann zwar kurzfristig die Arbeitsplätze bestimmter Industriebranchen erhalten, schafft aber keine neuen, zukunftssicheren Arbeitsplätze und ist auf Dauer nicht zu finanzieren. Es geht um unsere Zukunft als führender Industriestaat in den 80er und 90er Jahren. Die Subventionierung notleidender Industriebranchen muß daher zeitlich befristet und — unter Berücksichtigung sozialer Erfordernisse — schrittweise abgebaut oder angepaßt werden. Nur so läßt sich das Ziel verfolgen, den Strukturwandel zu erleichtern und negative soziale Auswirkungen struktureller Verschiebungen zu mildern. Andernfalls werden wir Krisen ohne Ende haben, statt ein Ende der Krisen.

14. Klein- und mittelständische Unternehmen können sich erfahrungsgemäß dem Strukturwandel schneller und besser anpassen. Im In- und Ausland gibt es heute genügend Beispiele dafür, daß kleine und mittelständische Firmen zu den wachstumstärksten gehören. In den letzten zehn Jahren sind mehr als 80 Prozent aller in den USA neugeschaffenen Arbeitsplätze von Unternehmen geschaffen worden, die nicht mehr als hundert Mitarbeiter haben. Die 80er Jahre werden deshalb auch in der Bundesrepublik das Jahrzehnt der Selbständigen und des Mittelstandes sein müssen.

Technischer Wandel und gesellschaftlicher Fortschritt

15. Die neuen Technologien führen vielfach zu erhöhten Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten. Der Mangel an Fachkräften wird möglicherweise in den 90er Jahren ein ebenso großes Problem für unsere Volkswirtschaft darstellen wie die Zahl der Arbeitslosen heute. Schon jetzt bestehen in bestimmten Branchen Engpässe an qualifizierten bis hochqualifizierten Arbeitskräften. Der Wandel der Tätigkeitsbereiche und Anforderungen ist das entscheidende Merkmal der vor uns liegenden Entwicklung. Der Schwerpunkt menschlicher Arbeit wird künftig stärker in der Planung, dem Aufbau und der Überwachung von Fertigungsprozessen und weniger in der Produktion selbst liegen. Die veränderten Anforderungen an Beschäftigte und Arbeitsplatzsuchende haben erhebliche Konsequenzen für das gesamte Bildungs- und Ausbildungssystem.

16. Ein vielfältiges und differenziertes Angebot an Beschäftigungsmöglichkeiten soll den unterschiedlichen Fähigkeiten und Interessen aller Bürger gerecht werden. Die CDU will durch ihre Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik dazu beitragen, daß individuelle Leistung und solidarisches Verhalten sich besser ergänzen.

17. Eine große Chance bietet der technische Fortschritt bei der Humanisierung unserer Arbeitsbedingungen. Roboter werden monotone und gesundheitsschädigende Arbeiten übernehmen; die gezielte Nutzung der neuen Informationstechniken ermöglicht weiche Übergänge zwischen bezahlter Arbeit und Freizeit. Sie erleichtert die Individualisierung der Arbeitszeit und ermöglicht die Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen. Bestimmte berufliche Tätigkeiten können zunehmend auch zu Hause ausgeübt werden. Der technische Fortschritt gibt uns zum ersten Mal seit Mitte des 19. Jahrhunderts die Möglichkeit, Lebens- und Arbeitsrhythmus, Familie und Beruf wieder miteinander zu versöhnen.

18. Neue Technologien ermöglichen Produktionsprozesse, die mit teuren Energien und knappen Rohstoffen sparsamer umgehen und die Umwelt bedeutend geringer belasten. Die Mikroelektronik spielt dabei als energiesparende und umweltschonende Technologie eine zentrale Rolle. Die Probleme des Umweltschutzes sind am ehesten mit Hilfe der neuen Technologien, keinesfalls aber gegen sie zu lösen. Die Soziale Marktwirtschaft ist dabei das ordnungspolitische Konzept, das die Anwendung umweltfreundlicher Technologien am schnellsten und am wirkungsvollsten ermöglicht und dadurch die Lebensbedingungen weiter verbessert.

19. Eine gesicherte und möglichst preisgünstige Energieversorgung ist Grundlage für eine hochentwickelte Industrie und Wirtschaft. Wesentlich für die Energieversorgung ist die optimale Nutzung heimischer Vorräte, insbesondere der Kohle. Energie muß aus Gründen der Knappheit noch rationeller und sparsamer eingesetzt werden. Gleichzeitig muß die Energienutzung umweltverträglich erfolgen. Dies kann nur durch den raschen Einsatz neuer Techniken und deren Weiterentwicklung erreicht werden.

Einen unverzichtbaren Beitrag zur Energieversorgung wird die Kernenergie zu leisten haben. Deshalb ist ein verantwortungsbewußter Ausbau der Kernenergie notwendig.

20. Die Technik an sich ist weder gut noch böse, es kommt auf die Art und Weise ihrer Anwendung an. Deshalb ist es auch Aufgabe der Politik, die möglichen negativen Auswirkungen des technischen Fortschritts, insbesondere der Informationstechnik, zu erkennen und ihnen vorzubeugen. Im Bereich der Neuen Medien (Jugendschutz) und der Datenspeicherung (Datenschutz) macht dies wirksame gesetzliche Regelungen erforderlich. Der gentechnologisch mögliche Eingriff in menschliches Erbgut erfordert neue Grenzen für das technisch Machbare, die den ethischen Maßstäben unseres christlichen Menschenbildes entsprechen.

Neues Verständnis für Arbeit und Wachstum

21. Wir brauchen ein neues Verständnis von „Arbeit“ und von „Wachstum“:

— Arbeit ist nicht nur Arbeit, Leistung ist nicht nur Leistung, wenn sie im Rahmen der Erwerbsarbeit erbracht wird. Es gibt Arbeit nicht nur im Berufsleben, sondern auch in der Familie und im sozialen Dienst für andere, in der Selbst- und Nächstenhilfe. Es ist widersprüchlich, wenn beide Elternteile, von denen sich einer der Erziehung der Kinder ganz widmen will, oder Arbeitnehmer, die die Pflege kranker oder pflegebedürftiger Familienangehöriger übernehmen möchten, aus materiellen Gründen zur

Erwerbsarbeit gezwungen werden. Diese Arbeiten müssen anerkannt, gefördert und bei der Einkommensverteilung und der sozialen Sicherung berücksichtigt werden.

— Der Fleiß der Bürger, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und die Politik bestimmen über den Wohlstand und das wirtschaftliche Wachstum unseres Landes. Wirtschaftliches Wachstum ist jedoch kein Ziel an sich, sondern eine wesentliche Hilfe für die Lösung gegenwärtig bestehender und künftiger ökonomischer, ökologischer und sozialer Probleme. Wir dürfen Wachstum aber nicht ausschließlich nach dem Umfang der Güter und Dienstleistungen bewerten, sondern müssen auch qualitative Veränderungen berücksichtigen. Einsparungen im Energieverbrauch durch neue Techniken und die Kontrolle sowie die Verringerung von Schadstoffemissionen sind Beispiele solchen qualitativen Wachstums, das unsere Lebensbedingungen verbessert und Ressourcen schont.

Europäische und weltwirtschaftliche Verantwortung

22. Die technologische und wirtschaftliche Herausforderung durch die Vereinigten Staaten und Japan wirft die Frage nach Europas Stellung in der Welt von morgen auf. Damit Europa nach außen als wirtschaftliche Einheit auftreten kann, muß seine Einheit im Innern geschaffen werden. Wir sind noch ein gutes Stück von der Verwirklichung echter Binnenmarktverhältnisse in der Europäischen Gemeinschaft entfernt.

23. Die Soziale Marktwirtschaft, zu der die Freiheit des Handels gehört, erfordert offene Grenzen und eine funktionierende internationale Arbeitsteilung. Die damit verbundenen Strukturveränderungen sind zu bewältigen. Der Freihandel innerhalb der Europäischen Gemeinschaft darf nicht durch Handelsbarrieren gegenüber Drittländern erkauf werden. Die weltweit wiederauflebenden protektionistischen Tendenzen müssen zurückgedrängt werden. Nur die liberale Außenhandelspolitik eines politisch geeinten Europas, der USA und Japans kann dirigistischen Ansätzen im Rahmen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung entgegenwirken.

24. Entwicklungspolitik ist eine Investition in die Zukunft. Zugleich ermöglicht sie unsere Mitwirkung bei der Neugestaltung der Weltwirtschaftsordnung. Durch diese Mitwirkung wollen wir erreichen, daß die Grundsätze des freien Welthandels aufrecht erhalten und stärker berücksichtigt werden. Die weltwirtschaftliche Verflechtung muß weiter vorankommen. Die Entwicklungsländer müssen daher noch stärker als bisher in den Welt-handel einbezogen werden. Stark schwankende Rohstoffpreise behindern eine rasche Entwicklung der Dritten Welt und schaden der Wirtschaft in den Industrieländern. Allzu große Schwankungen können vorübergehend durch marktwirtschaftskonforme Ausgleichssysteme vermieden werden; auf Dauer jedoch muß die Abhängigkeit der Entwicklungsländer vom Verkauf ihrer Rohstoffe durch den Aufbau eines verarbeitenden Gewerbes gemindert werden. Zu diesem Prozeß können private Investitionen und Know-how-Transfer aus der deutschen Wirtschaft noch mehr als bisher beitragen. Nur Industrieländer mit dynamischem Wachstum sind in der Lage, den Ländern der Dritten Welt durch steigende Finanzmittel bei ihrer Entwicklung behilflich zu sein.

IV. Politische Folgerungen

25. Um den Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft bestehen und die genannten Ziele verwirklichen zu können, hält die CDU die nachstehenden wirtschafts-, finanz- und ge-

sellschaftspolitischen Maßnahmen für erforderlich. Manche dieser Maßnahmen berühren die öffentlichen Haushalte. Bund und Länder sollten deshalb so bald wie möglich aufzeigen, in welchen Grenzen und in welchen Fristen die vorgeschlagenen Maßnahmen durchgeführt werden können. Dabei muß die Notwendigkeit berücksichtigt werden, die öffentlichen Haushalte weiter zu konsolidieren.

Verbesserte Rahmenbedingungen für die Wirtschaft

26. Durch die Gesundung der öffentlichen Haushalte gewinnen Wirtschaft und Politik wieder mehr Handlungsspielraum. Ein geringerer Anstieg der Ausgaben soll dazu beitragen, daß der Staatsanteil zurückgeführt wird, um wieder mehr Raum für private Initiativen zu schaffen. Die Sozialpolitik hat einen wichtigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet. Vordringlich ist jetzt ein weiterer Abbau von Subventionen. Eine weitere deutliche Verringerung der öffentlichen Kreditaufnahme muß den Spielraum für die stabilitätsorientierte Geldpolitik der Bundesbank erweitern. Finanz- und Geldpolitik sollen sich vor allem im Interesse der Preisstabilität und der Förderung privater Investitionen ergänzen. Preisstabilität dient insbesondere den Sparern und Verbrauchern.

27. Das Steuersystem ist wesentlicher Bestandteil der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Es hat Einfluß auf fast alle wirtschaftlichen Aktivitäten. Eine Reform der Lohn- und Einkommensteuer soll die Leistung von Arbeitnehmern und Selbständigen wieder stärker anerkennen und Familien mit Kindern spürbar entlasten. Eine spürbare Steuerentlastung erfordert den weiteren Abbau von Steuervergünstigungen. Es muß der Grundsatz gelten: Lieber niedrigere Steuersätze und weniger Ausnahmen als hohe Steuersätze und viele Ausnahmen.

28. Die Bewältigung des Strukturwandels und die Erhaltung der internationalen Spitzenstellung der deutschen Wirtschaft setzen die Entwicklung und Anwendung zukunftsorientierter Technologien sowie ausreichendes Eigenkapital unserer Unternehmen voraus. Die Eigenkapitalquote wird vor allem dann wieder steigen, wenn die Unternehmenserträge die Erträge auf risikolose Geldanlagen deutlich übertreffen. Die ertragsunabhängigen Steuern sind bereits gesenkt worden; die Entlastungen bei der Einkommensteuer werden die Eigenkapitalbildung insbesondere auch der kleineren Unternehmen begünstigen. Auf längere Sicht muß die Struktur der Unternehmensbesteuerung so verändert werden, daß die heutigen steuerlichen Benachteiligungen der Eigen- und Beteiligungsfinanzierung abgebaut werden.

29. Kleine und mittlere Unternehmen haben eine besonders hohe Innovationskraft. Ihre Kapitalausstattung ist aber häufig zu gering. Die Bedingungen für die Bildung von Risikokapital müssen daher verbessert werden. Lösungen hierfür bieten Erleichterungen beim Börsenzugang, Vereinfachungen bei der Übertragbarkeit von Unternehmensanteilen, der Abbau steuerlicher Hemmnisse (z. B. Gesellschaftssteuer, Börsenumsatzsteuer) sowie bessere steuerliche Bedingungen für Kapitalbeteiligungsgesellschaften, die sich auf die Bereitstellung von Kapital zur Wagnisfinanzierung konzentrieren.

30. Ein leistungsfähiger Mittelstand ist eine Grundvoraussetzung für den Wettbewerb. Übermäßige Unternehmenskonzentrationen sind wettbewerbsfeindlich. Die CDU wird den geordneten Wettbewerb weiter gesetzlich sichern und im Bereich der Fusionskontrolle verbessern. Zum Abbau von Wettbewerbsverzerrungen muß das geltende Kartellrecht konsequent angewandt und das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb verbessert werden.

31. Existenzgründungen stärken Wachstum und Beschäftigung. Die Gründung neuer Unternehmen wird heute schon durch eine Reihe von Programmen gefördert. Die Wirksamkeit und Koordinierung dieser Programme muß verbessert werden, auch durch eine intensivere Abstimmung zwischen Bund und Ländern. Der Wille zur Existenzgründung soll vor allem durch verbesserte Rahmenbedingungen, insbesondere für mittelständische und technologieorientierte Unternehmensgründungen gefördert und ermutigt werden.
32. Überflüssige Verordnungen und Gesetze hemmen den Strukturwandel und die Eigeninitiative der Wirtschaft und schränken die Freiheit des Bürgers unnötig ein. Deshalb sind weitere Maßnahmen zur Entbürokratisierung der Wirtschaft und unserer Lebensverhältnisse unerlässlich. Dies gilt insbesondere für das Baurecht, das Gewerbe- und Lebensmittelrecht sowie für die Vorschriften zur Erstellung von Statistiken.
33. Wir wollen den Staat auf seine wesentlichen Aufgaben konzentrieren. Daher sollen die staatlichen Aufgaben unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Effizienz und der gesellschaftlichen Notwendigkeit überprüft werden. In Bund, Ländern und Gemeinden wird die CDU staatliche Unternehmensanteile und Dienstleistungen soweit wie möglich privatisieren. Auch dadurch wird der Spielraum für private Initiative und Leistung erweitert und der Wettbewerb gestärkt.

Verbesserte Rahmenbedingungen für Forschung und moderne Technik

34. Der Staat kann und soll Innovationen nicht verordnen. Er sollte aber die Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung wesentlich verbessern. Dazu gehört eine Entbürokratisierung der universitären Forschung. Den Hochschulen muß mehr Freiraum zum flexibleren Einsatz der Mitarbeiter innerhalb eines gesicherten Personalbestands und beim Einsatz von Forschungsmitteln eröffnet werden.
- Die aus den 70er Jahren herrührenden Berührungängste zwischen der universitären Forschung und der Wirtschaft müssen überwunden werden. Erforderlich ist der Brückenschlag zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Die Drittmittelforschung ist daher weiter auszubauen und zu fördern. Dazu müssen insbesondere hemmende Vorschriften des Hochschulrahmengesetzes sowie der Landeshochschulgesetze geändert werden. Außerdem muß der Wechsel von Wissenschaftlern aus Forschungseinrichtungen in die Industrie und umgekehrt erleichtert werden. Wissenschaftlichen Mitarbeitern von Hochschulen und Forschungseinrichtungen muß die Möglichkeit zur Mitarbeit in technologieorientierten Unternehmen eröffnet werden.
35. Durch eine intensive Zusammenarbeit zwischen Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der staatlichen Verwaltung soll die Berater- und Vermittlertätigkeit für die Unternehmen intensiviert und dadurch der Technologietransfer gefördert werden. Oft bleiben Forschungsergebnisse ungenutzt, weil insbesondere klein- und mittelständische Unternehmen dazu keinen Zugang finden. Einrichtungen für die technische Entwicklung und Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse sollen deshalb modellhaft an geeigneten Standorten, wie beispielsweise in der Nähe von Hochschulen oder Instituten mit leistungsfähigen technisch-naturwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, angesiedelt werden.
36. Die Förderung und die Chancen hochqualifizierter wissenschaftlicher Nachwuchskräfte müssen wesentlich verbessert werden. Die Grundlagenforschung muß intensi-

viert werden. Es ist unser Ziel, die Spitzenforschung, die den hohen internationalen Standards entsprechen muß, zu intensivieren. Im öffentlichen und privaten Bereich sollen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in wichtigen Schlüsseltechnologien, wie zum Beispiel der Informations-, Mikro-, Fertigungs- und Biotechnik entwickelt werden, die auf Schwerpunktgebieten in Qualität und Quantität dem internationalen Vergleich standhalten.

37. Das in den 70er Jahren bestehende Übergewicht der direkten Forschungsförderung führte häufig dazu, daß Unternehmen ihre Produktpalette stärker an staatlichen Förderungsprogrammen als an den Absatzmöglichkeiten und Bedingungen des Marktes orientierten. Deshalb muß die künftige Forschungsförderung zunehmend indirekt erfolgen. Leitgedanke der indirekten Forschungsförderung ist es, Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, den Freiraum für die Unternehmen zu vergrößern und ihre Eigenverantwortlichkeit bei der Durchführung von Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsprojekten zu stärken. Diesem Ziel dienen insbesondere die Wiedereinführung von Sonderabschreibungen bei Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie die Zuschußförderung für Personal im Forschungsbereich kleiner und mittelständischer Unternehmen.

Unternehmen sollen Anreize für höhere eigene Forschungsaufwendungen erhalten. Dies bewirkt eine intensivere Forschungstätigkeit der Unternehmen, die in erster Linie anwendungsorientiert ist und somit eine schnelle Umsetzung von Forschungsergebnissen in die Entwicklung und Herstellung neuer bzw. verbesserter Produkte ermöglicht.

38. In den Bereichen, in denen der Staat als Unternehmer tätig ist, sollte er beispielhaft und innovationsfördernd handeln. Dies gilt insbesondere für die Deutsche Bundespost, die für die Entwicklung und Markteinführung verschiedener Informationstechniken in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft eine besondere Verantwortung trägt. Die Koppelung zweier Basisinnovationen, Mikroelektronik und Glasfasertechnik, soll in Zukunft zu einer Verbesserung der Infrastruktur beitragen; sie ist eine wichtige Voraussetzung für mehr Investitionen und neue Arbeitsplätze. Wir brauchen flächendeckende, leistungsfähige Kommunikationsnetze. Der Zusammenarbeit der Bundespost mit privaten Investoren — vor allem beim Aufbau örtlicher Breitbandnetze — kommt dabei besondere Bedeutung zu.

Neugestaltung von Arbeitsmarkt und Arbeitszeit

39. Eine wichtige Voraussetzung für die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist, daß für die Betriebe das Verhältnis von Erlösen zu Kosten verbessert wird. Dies hängt auch wesentlich von der Entwicklung der Arbeitskosten ab. Wenn deren Zuwachs dem Produktivitätsfortschritt der Wirtschaft entspricht oder diesen in einer Übergangszeit zur Überwindung der Arbeitslosigkeit unterschreitet, können zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Tarifpartner sind aufgefordert, diesen Gesichtspunkt auch bei künftigen Lohnabschlüssen zu berücksichtigen. Um die Voraussetzungen für Wachstum, Beschäftigung und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, fordern wir die Tarifpartner auf, zusammen mit der Regierung eine gemeinsame Perspektive zu entwickeln, wie eine weitere Steigerung der Lohnnebenkosten verhindert oder sogar eine teilweise Senkung erzielt werden kann.

Eine Senkung des Anteils der Lohnnebenkosten soll die Betriebe und die Arbeitnehmer von zu hohen Abgaben entlasten. Das Gesundheitswesen ist so zu reformieren, daß die gleiche medizinische Leistung zu geringeren Kosten erbracht wird und die Beiträge zur

Krankenversicherung gesenkt werden können. Es ist zu prüfen, welche Aufgaben langfristig den Versicherungssystemen und welche der öffentlichen Hand zugeordnet werden sollen und wie die Finanzierung der verschiedenen sozialen Aufgaben künftig geordneter geordnet werden kann.

40. Die Tarifverträge herkömmlichen Musters bieten keine ausreichenden Möglichkeiten für differenzierte Lohnabschlüsse nach Branchen und Regionen, was angesichts deren unterschiedlicher wirtschaftlicher Lage sinnvoll wäre. Neue Formen von Rahmenvereinbarungen der Tarifparteien könnten einen zusätzlichen Spielraum für die Belegschaft und Unternehmensführung einzelner Betriebe schaffen, Tarifabkommen individuell auszugestalten. Das würde zu flexibleren Arbeitsabläufen und -strukturen führen und den Arbeitnehmern die Möglichkeit einräumen, das Verhältnis zwischen Arbeitsentgelt, betrieblichen Sozialleistungen, Arbeitszeit und Vermögensbildung mitzubestimmen.

41. Zu den wichtigsten Aufgaben der Sozialen Marktwirtschaft in den 80er Jahren gehört eine Neugestaltung des Arbeitsmarktes. Der erweiterte Spielraum, den die neuen Technologien für individuellere Arbeitszeiten und Arbeitsstrukturen geben, muß ausgeschöpft werden. Die zur Zeit bestehenden arbeitsrechtlichen Verhältnisse erweisen sich als viel zu starr, um dem raschen Strukturwandel gerecht zu werden. In einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit darf das Arbeitsrecht nicht mit dazu beitragen, daß die Gesellschaft einerseits in gut abgesicherte Arbeitsplatzinhaber und andererseits in chancenlose Arbeitsplatzsuchende gespalten wird. Deshalb müssen arbeitsrechtliche Vorschriften dort flexibler gestaltet werden, wo dies zu einer Erweiterung von Beschäftigungsmöglichkeiten führt. Was den Arbeitslosen nutzt, kann nicht als sozialer Abbau abgewertet werden. Die rechtlichen Voraussetzungen für befristete Arbeitsverträge und für die Einrichtung und Annahme von Teilzeitarbeitsplätzen sollten verbessert werden, wobei niemand gezwungen werden kann, einen Vollzeitarbeitsplatz aufzugeben. Der öffentliche Dienst sollte dadurch vorbildlich sein, daß Bestimmungen des Beamtenrechts überprüft werden und der Spielraum für Zeitverträge und Teilzeitarbeitsplätze genutzt wird.

42. Erhöhte Anforderungen an die Beschäftigten und deren veränderte Wünsche und Bedürfnisse erfordern neue Arbeitszeitregelungen. Die Möglichkeiten dazu werden durch steigende Produktivität und zunehmende Rationalisierung eröffnet. Darüber hinaus sind es insbesondere die neuen Technologien, die ihrerseits die Chance bieten, Arbeitsbedingungen flexibel zu gestalten. Für die CDU hat eine flexible Gestaltung der Lebensarbeitszeit Vorrang, weil sie dem Bürger ein größeres Maß an Wahlfreiheit einräumt. Die CDU begrüßt die Beschlüsse der Bundesregierung zur Vorruhestandsregelung, weil sie den Bedürfnissen vieler älterer Arbeitnehmer entgegenkommt und gleichzeitig dazu beiträgt, die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern. Die generelle Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich dagegen schafft nicht neue, sondern gefährdet vorhandene Arbeitsplätze und ändert nichts an der bestehenden starren Arbeitszeitregelung.

43. Die Ausbildung für die Arbeitsplätze von morgen muß bereits heute beginnen. Hochqualifizierte Arbeitskräfte sind für die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft von großer Bedeutung. Weil der technische Fortschritt unsere Tätigkeitsstrukturen stark verändert und dadurch neue Berufe entstehen, sind Bund und Länder aufgerufen, bei der Weiterentwicklung des Bildungswesens diese Veränderungen zu berücksichtigen. Dies macht eine verstärkte Berücksichtigung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken in Bildung und Ausbildung erforderlich. Künftig kommt es weniger dar-

auf an, einen bestimmten Lehrstoff mit einer Fülle von Spezialwissen zu bewältigen; erforderlich ist vielmehr ein breiteres Grundlagenwissen, auf dem ein ständiges, lebenslanges Lernen aufbauen kann. Dies erfordert nicht nur eine größere Anpassungsfähigkeit der Lehrpläne an neue Entwicklungen. Gefordert ist auch die Bereitschaft des einzelnen zur beruflichen Mobilität. Der Vielfältigkeit der Begabungen entspricht ein differenziertes, eigenständiges und durchlässiges System der beruflichen Bildung, das das „duale System“ ebenso umfaßt wie die verschiedenen beruflichen Vollzeitschulen. Dem Ausbau der beruflichen Weiterbildung kommt künftig eine besondere Bedeutung zu. Die Ausbildung in einem Lehrberuf verdient die gleiche gesellschaftliche Anerkennung wie in der gymnasialen Oberstufe und an der Universität.

Reform des Familienlastenausgleichs

44. Die ungünstige demographische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ist eine Folge der gesellschaftlichen Abwertung der Familie in den letzten 15 Jahren und insbesondere der materiellen und sozialen Benachteiligung der Familien mit Kindern. Dies hat auch negative Konsequenzen für das System der sozialen Sicherung und gefährdet die Existenzgrundlagen unseres Volkes. Die Familie ist die wichtigste Gemeinschaft in unserer Gesellschaft; sie hat eine unverzichtbare Bedeutung durch ihre verantwortliche Mitwirkung bei wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben, wie z. B. der Erziehung, der Gesundheitsvorsorge und den sozialen Diensten. Diese Funktionen der Familie sind unentbehrlich für eine menschlichere Gesellschaft in einer modernen Industriegesellschaft. Damit die Familie ihre Aufgaben erfüllen kann, brauchen wir eine grundlegende Reform und Verbesserung des gesamten Familienlastenausgleichs.

Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen

45. Zur Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft gehört auch eine stärkere Teilhabe der Arbeitnehmer am Produktivkapital, wodurch die Arbeitnehmer von Lohnempfängern auch zu Partnern und Teilhabern werden. Dies führt zu einer breiten Vermögensverteilung, erleichtert eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Lohnpolitik und trägt zur Stärkung der Investitionsfähigkeit unserer Wirtschaft bei.

Tarifpolitik muß in Zukunft mehr sein als reine Nominallohnpolitik. Sie muß auch die Kapitalbeteiligung miteinbeziehen und zeitgerechte Einkommenspolitik mit zukunftsorientierter Beschäftigungspolitik verbinden. Neben den betrieblichen und außerbetrieblichen Beteiligungsformen, die bereits das Vermögensbeteiligungsgesetz nachhaltig erleichtert hat, muß künftig die außerbetriebliche Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer an nichtemissionsfähigen Unternehmen jeder Rechtsform über Kapitalanlagegesellschaften bzw. Kapitalbeteiligungsgesellschaften verstärkt gefördert werden. Insbesondere durch eine breite Risikostreuung soll dem Sicherheitsbedürfnis der Arbeitnehmer verstärkt Rechnung getragen werden; zugleich soll die Eigenkapitalbasis gerade mittelständischer Unternehmen nachhaltig verbessert werden. Daneben sind Belegschaftsaktien besonders förderungswürdig.

Umweltschutz in der Sozialen Marktwirtschaft

46. Neben den klassischen wirtschaftspolitischen Zielen — hoher Beschäftigungsstand, Preisstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei angemessenem Wachstum — ist für uns der Schutz der Umwelt ein gleichrangiges wirtschaftspolitisches Ziel.

Unser Ziel ist es, die Bundesrepublik Deutschland zu einem der umweltfreundlichsten Industrieländer zu machen. Grundvoraussetzungen dafür sind strenge umweltpolitische Vorgaben des Staates und eindeutig gesetzte, langfristig zuverlässige Rahmenbedingungen. Dann kann auch die Wirtschaft die erforderlichen Investitionen für technische Verbesserungen mit kalkulierbaren Zeit- und Kostenplänen vornehmen.

Neue ordnungspolitische Maßnahmen müssen dafür sorgen, daß in Zukunft die umweltbelastenden Auswirkungen wirtschaftlicher Aktivitäten in die Kalkulation eingehen. Wer die Umwelt hoch belastet, muß mehr bezahlen als derjenige, der sie gering belastet.

Wir befürworten marktwirtschaftliche Steuerungskonzepte, die dem Staat die Möglichkeit geben, Belastungsobergrenzen für Schadstoffe und Regionen differenziert zu handhaben und schrittweise zu senken. Dadurch wird der Einfallsreichtum unserer Wirtschaft auf umweltschonende Produktionsverfahren gelenkt, was ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Konkurrenten aus anderen Industrieländern erhöht.

47. Die Umweltforschung bedarf besonderer staatlicher Förderung. Ursachen und Wirkungen der Umweltbeeinträchtigungen müssen wissenschaftlich geklärt werden. Nur mit den neuesten Techniken und Verfahren kann den verschärften Umweltschutzanforderungen auch tatsächlich entsprochen werden.

Aufgabe von Forschung und Entwicklung sind dabei die Abschätzung der Risiken einer sich dynamisch fortentwickelnden Technik und deren Beherrschung, die Erfassung gesicherter Daten über vorhandene und zu erwartende Umweltbelastungen sowie die Entwicklung von Überwachungsverfahren zum Schutz der Umwelt.

Die derzeit größte Herausforderung im Umweltschutz ist das Waldsterben. Das Ausmaß der Waldschäden macht die intensive Erforschung der komplexen Ursachen- und Wirkungszusammenhänge des Waldsterbens erforderlich. Die Anstrengungen zur Minderung der Luftverschmutzung müssen konsequent fortgesetzt werden. Da eine wirkungsvolle Verminderung der Luftverunreinigung nur im Zusammenwirken mit den Nachbarstaaten möglich ist, muß auf internationale Maßnahmen gedrängt werden. Dabei muß die Bundesrepublik Deutschland auch in Zukunft ein Schrittmacher für europäische Lösungen sein.

Internationale Verantwortung

48. Die Europäische Gemeinschaft soll gestärkt werden. Vorrangig sind der Ausbau des Binnenmarktes und die Beseitigung von Handelshemmnissen in der Gemeinschaft. Wir streben in der Europäischen Gemeinschaft integrierte Wirtschafts-, Technik- und Industriestrukturen an, die auch auf den Gebieten des Umweltschutzes und der Technologie- und Forschungspolitik eine grenzübergreifende Zusammenarbeit ermöglichen. Erfindungen und wissenschaftliche Erkenntnisse sollen verstärkt ausgetauscht werden. Bestehende Hindernisse für grenzüberschreitende Kooperation und freien Güteraus-tausch, wie z. B. unterschiedliche Normen und Qualitätsstandards, müssen beseitigt werden. Die Europäische Gemeinschaft darf kein Wirtschaftsraum werden, der mehr und mehr von Marktverzerrungen, Subventionswettläufen und einzelstaatlichem oder gemeinschaftlichem Interventionismus bestimmt ist. Nur in einer wirtschaftlich leistungsfähigen Gemeinschaft kann auch ein sozialer Ausgleich stattfinden.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

49. Damit der fortschreitende weltwirtschaftliche Integrationsprozeß nicht behindert wird, ist die Bewältigung der gegenwärtigen Schuldenkrise, die die Industrie- und Entwicklungsländer gleichermaßen berührt, vorrangig. Neuer Protektionismus und Isolatismus würden die gegenwärtigen Probleme nur noch vergrößern. Jedes Land muß zu seiner Verantwortung stehen. Das verlangt Anpassungsanstrengungen von den Schuldnerländern, offene Märkte der Industrieländer für die Erzeugnisse aus der Dritten Welt und beschleunigte Strukturanpassungen auf seiten der Industrieländer sowie stärkere gemeinsame Bemühungen um die Wiederbelebung der Weltkonjunktur und um die Senkung des internationalen Zinsniveaus. Die Banken dürfen ihre Kredite nicht überstürzt zurückziehen; die internationalen Finanzierungsinstitutionen müssen mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden.

V. Die Herausforderungen der Zukunft bestehen

50. Die Regierung Helmut Kohl hat einen neuen Anfang gemacht und die Sanierung der Staatsfinanzen, eine dauerhafte Gesundung der Wirtschaft sowie die Konsolidierung unserer Systeme der sozialen Sicherheit eingeleitet. Die Bürger haben wieder Vertrauen gefaßt und durch ihre Arbeit und Opferbereitschaft entscheidend zum Aufschwung unserer Wirtschaft beigetragen. Im nächsten Jahrzehnt stehen unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft vor neuen Herausforderungen, die ihre Ursache im Wandel der wirtschaftlichen, technischen und sozialen Gegebenheiten sowie in der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung haben. Auf der Grundlage der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft hat die CDU mit den „Stuttgarter Leitsätzen“ die politischen Lösungen erarbeitet, mit denen wir diese Herausforderungen bestehen können.

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.
Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50).
Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID